

OFFENER BRIEF DER JOURNALISTENVEREINIGUNG ALJP  
ZUR PRESSEHILFEREFORM (PdL 7631)  
AN DIE PARLAMENTARISCHE MEDIENKOMMISSION

Luxemburg, der 8. Juni 2021

Sehr geehrter Herr Präsident der Medienkommission,

Sehr geehrte Abgeordnete,

Luxemburg war immer stolz auf seine, gemessen an der Größe des Landes, bemerkenswerte Vielfalt an Zeitungen und Medienformaten. Zu Recht. Leider ist diese Vielfalt heute in Gefahr.

Die Reform der Pressehilfe wird die Zukunft der Medienbranche entscheidend bestimmen. Vor dem Hintergrund einer strukturellen Krise durch drastisch schrumpfende Anzeigeneinnahmen, zunehmende Konkurrenz aus den sozialen Netzwerken und durch ein verändertes Lese- und Verbraucherverhalten stellt sich die Frage nach der Finanzierung des professionellen Journalismus und somit dem Erhalt der Meinungsvielfalt mit großer Dringlichkeit.

Dies umso mehr als sich wegen der Pandemie die Arbeitsbedingungen und die finanziellen Spielräume weiter verschlechtert haben. Wie Sie wissen, kam es in diesem Kontext zu Massenentlassungen, die derart substantiell sind, dass beispielsweise eine professionelle Lokalberichterstattung in den Tageszeitungen nur noch mit erheblichen Abstrichen möglich ist.

Die Regierung hat sich vorgenommen, die Pressehilfe zu reformieren, auch um Entwicklungen wie der zunehmenden Digitalisierung Rechnung zu tragen. Dies hat sie in einem ersten Anlauf in Beratung mit dem Sektor getan, was allgemein begrüßt wurde.

Doch der Gesetzentwurf Nr. 7631, der nun auf dem Tisch liegt, enthält einige substantielle Änderungen gegenüber dem Vorgängerprojekt, die leider zu keinem Zeitpunkt weder mit den Verlagshäusern noch mit dem Berufsverband der Journalist/innen besprochen wurden.

Der Presserat hat sich in einem Gutachten zu den Änderungen kritisch geäußert; auch die Journalistenvereinigung ALJP hat in einem Avis wichtige Einwände erhoben. Sie betreffen unter anderem die Höhe der von 55.000 Euro auf nunmehr noch 30.000 Euro heruntergesetzten Pauschale pro Journalist/in, aber auch wichtige technische Fragen, die eine rasche Umsetzung in die Praxis gefährden.

Entgegen unseren Erwartungen wurden wir jedoch nicht angehört und unsere Expertise wurde ignoriert. Auch auf einen zweiten Avis, der mit der ALJP und mit einer Mehrheit der Verlagshäuser erfolgte, weil zentrale Bedenken zu den Ergänzungen nicht berücksichtigt wurden, erfolgte kein Gesprächsangebot.

Das überrascht und enttäuscht uns.

Die Medien und professioneller Journalismus sind für die politische Meinungsbildung und Meinungsfreiheit unabdingbar. Zumal in einem Kontext von gezielter Desinformation und Falschmeldungen. Noch mehr aber überrascht uns jetzt Ihre Absage an eine

formelle Bitte unsererseits um ein Gespräch, die von Ihnen mit der Begründung zurückgewiesen wurde, es gebe „keinen neuen Moment“ und es sei alles „gesagt und geschrieben“.

Was ist das für ein Demokratieverständnis, bei dem die Hauptbetroffenen von einem wichtigen Projekt, bei dem es nicht zuletzt um Fragen geht, die die eigene Existenzgrundlage berühren, nicht im Parlament gehört werden?

Wie ist die Absage anders zu verstehen, als dass die Medienkommission (oder zumindest eine Mehrheit darin) die Medienakteure offenbar für nicht bedeutsam genug hält, um das klärende Gespräch mit ihnen zu suchen?

Sie, Herr Kommissionspräsident, begründen dies damit, zügig mit den Gesetzesarbeiten voranschreiten zu wollen. Der von Ihnen bemerkte Zeitverlust ist allerdings nicht uns anzukreiden: Es gab seit der Vorlage unserer Stellungnahme im November 2020 mehrfach Gelegenheit, uns einzuladen.

Wir verstehen sehr wohl, dass es wichtig ist, Klarheit und Planungssicherheit in der Pressehilfe zu schaffen. Zumal in diesen Zeiten. Wir begrüßen auch ausdrücklich, dass der vorliegende Entwurf die Online-Medien umfasst und deshalb eine wichtige und notwendige Entwicklung, die Digitalisierung, gesetzgeberisch einbindet.

Wir sind indes zuversichtlich, dass mit etwas gutem Willen dieser Austausch rasch stattfinden kann. Auch sind wir optimistisch, dass sich unkomplizierte Lösungen für die von uns skizzierten Probleme finden lassen.

Vorausgesetzt, es besteht hierfür eine politische Bereitschaft und die nötige Offenheit.

Hochachtungsvoll

Die ALJP